

Bern, 27. Juni 2014

Medienmitteilung

Kein Verbot von Pensionskassengelder für selbstbewohntes Wohneigentum

Bundesrat will das Kind mit dem Bade ausschütten und spielt der Linken in die Hände

Der Bundesrat will Privaten die Verwendung ihrer Pensionskassengelder für selbstbewohntes Wohneigentum verbauen. Damit glaubt er die Überhitzung im Wohneigentumsmarkt verhindern zu können. Die Parteipräsidentenkonferenz der FDP.Die Liberalen hat heute festgehalten: Diese Massnahmen sind untauglich. Sie spielen linken Forderungen nach staatlicher Wohnbauförderung in die Hände, schädigen unsere Volkswirtschaft und greifen einmal mehr unseren Mittelstand an.

Wohneigentum ist der Traum vieler Schweizerinnen und Schweizer. Die Verwirklichung dieses Traums wird durch die angekündigten Massnahmen des Bundesrats verbaut. Dieser glaubt, die Überhitzung des Baumarkts durch die Beschränkung der Verwendung von Pensionskassengelder für Eigenheime verhindern zu können.

Fehlinvestitionen werden nicht verhindert

Die angekündigten Massnahmen sind jedoch komplett untauglich: Statt Fehlinvestitionen zu verhindern, verhindern sie Wohneigentum für den Mittelstand. Denn der Schweizer Baumarkt ist regional überhitzt. Mehrfamilien- und Miethäuser werden in grossen Mengen am falschen Ort gebaut. Hier drohen Bauruinen, welche oft mit Geldern von Pensionskassen und nicht mit den Vorbezügen der Arbeitstätigen finanziert werden.

Der Bundesrat schüttet das Kind mit dem Bade aus und spielt zugleich den Linken in die Hände. Diese wollen gemäss ihrem Programm den Boden verstaatlichen und Gelder für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Indem dem Mittelstand der Zugang zu Wohneigentum erschwert wird, verstärkt sich der Ruf nach staatlicher Wohnbauförderung und einem schärferem Mietrecht.

Selbstregulierung der Banken ist wirkungsvoller

Die Parteipräsidenten unterstützen die generellen Bemühungen des Bundes, den Missbrauch von Ergänzungsleistungen zu beschränken. Das soll aber nicht über die Einschränkung des selbstbewohnten Wohneigentums erfolgen. Hier ist bei den Ergänzungsleistungen direkt anzusetzen.

Unterstützt wird von der Parteipräsidentenkonferenz die Selbstregulierung der Banken, welche die Eigenkapitalanforderungen verschärft haben. Unterstützt wird zudem der wohnungspolitische Dialog zwischen Bund, Kantonen und Städten. Dieser muss ermöglichen, in den Gebieten mit zu wenig Wohnungen dank Bürokratieabbau die Bautätigkeit mit günstigem Wohnraum zu erhöhen – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

- › Nationalrat Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79
- › Carmen Walker Späh, Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen, 079 575 67 66
- › Alain-Dominique Mauris, Präsident FDP.Die Liberalen Genf, 079 456 08 08
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Romandie, 079 315 78 48